

WAS LÄUFT FALSCH?

# Die Schweiz: Subjekt oder Objekt?

**Gastkommentar**

von GRET HALLER

Die Schweiz hat manchen Grund, ein stolzes Land zu sein. 1848 gründete sie die erste Republik in Europa und integrierte verschiedene Sprachen und Kulturen. Sie entwickelte ein Regierungssystem, das durch Föderalismus, repräsentative und direkte Demokratie die Machtteilung garantiert. So entstand eine Tradition der Selbstbestimmung, welche die Machtteilung respektiert. Träger dieser Tradition sind Staatsbürger, die sich miteinander auseinandersetzen und dadurch einen klaren Blick gewinnen für alle politisch relevanten Fakten. Selbstbestimmung bedeutet, in der Politik ein «Subjekt» zu sein.

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist diese Tradition bedroht. Die Weitsicht, welche die Schweizer seit 1848 gepflegt haben, besteht darin, auf Veränderungen wirtschaftlicher und anderer Rahmenbedingungen durch politische Anpassungen klug zu reagieren. Der Globalisierung begegnen sie heute jedoch nicht in dieser Offenheit, sondern mit Lähmung, insbesondere was das Verhältnis zur Europäischen Union anbelangt.

Europas Nationalstaaten lernen heute, dass sie nur dann nicht zu Verlierern der Globalisierung werden, wenn sie auf die globale Verhandlungsmacht der Europäischen Union setzen. Obwohl der Weg dahin beschwerlich ist, werden die Völker Europas über kurz oder lang dafür sorgen, dass Europa weltweit bestehen kann. Und es gibt zunehmend Bereiche, die in einer globalisierten Welt nur gesamteuropäisch angegangen werden können, das heisst in der EU. Deshalb wird sich diese notgedrungen weiterentwickeln.

Schon heute trägt die Schweiz zur europäischen Rechts-, Wirtschafts- und Werteordnung bei – ganz unabhängig davon, ob sie EU-Mitglied ist oder nicht. Sie gehört derselben Kultur an und kann ihre Herkunft nicht verleugnen. Aber auch in der Praxis ist die Schweiz weitgehend integriert: Um am europäischen Binnenmarkt teilnehmen zu können, hat sie einen grossen Teil des EU-Rechts übernommen. Dass sie bei dessen Entstehung nicht hat mitreden können, steht eigentlich im Widerspruch zur schweizerischen Tradition der Selbstbestimmung.

Es geht jedoch um noch Grundsätzlicheres. Viele der für das Wohlergehen auch der Schweiz massgeblichen Entscheidungen werden heute im Rahmen der Europäischen Union getroffen, wirtschaftspolitisch und zunehmend auch sicherheitspolitisch. Wenn die Schweiz ihre Tradition der Selbstbestimmung weiterführen will, muss sie also dafür sorgen, dass ihre Staatsbürger dort mitentscheiden können. Sie sollen auch teilnehmen können am Prozess der Ausweitung der demokratischen Rechte in der EU, der ganz ähnlich langsam abläuft wie seinerzeit die Herausbildung der

Demokratie im eigenen Land. Mitentscheiden in der Union ist aber ohne EU-Mitgliedschaft nicht zu erreichen.

Ausserhalb der Europäischen Union wird die Schweiz immer mehr zum Objekt der Politik. Sie wird durch Druck von aussen zu Dingen gezwungen, die sie selber hätte mitgestalten können, wenn sie sich zuvor nicht über die Realität hinwegtäuscht hätte. Auseinandersetzungen mit der US-Justiz haben das Muster dazu schmerzlich aufgezeigt. Solche Vorgänge sind mit der Tradition und mit der Würde dieses Landes nicht vereinbar. Und sie tangieren die Würde seiner Bürgerinnen und Bürger, denn diese werden von selbstbestimmten Subjekten zu fremdbestimmten Objekten.

Deshalb ist es erstaunlich, dass weite Kreise von Politik und Wirtschaft das Thema EU-Beitritt meiden, sogar die früher etwas europafreundlichere Linke. Der klare Blick für die Fakten scheint einer Art Selbsttäuschung gewichen zu sein. Das Land wird zum Objekt der Politik. Indessen bildet die Tradition der Selbstbestimmung immer noch den Kern der staatsbürgerlichen Würde vieler Schweizerinnen und Schweizer. Auf ihnen ruht die Hoffnung dieses Landes, wieder ein stolzes Subjekt der Politik zu werden, auch in der Europäischen Union.

**Gret Haller** ist Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik SGA-ASPE.

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.